

# KONSULTATION



## **Die Überprüfung der EVTZ-Verordnung (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit)**

### **- Zusammenfassung -**

Diese Konsultation ist eine gemeinsame Initiative des Ausschusses der Regionen, des Dreivorsitzes des Rates der Europäischen Union (Spanien-Belgien-Ungarn), der Europäischen Kommission und des Programms INTERACT. Ziel dieser Initiative ist es, die Standpunkte zusammenzuführen, die die Mitgliedstaaten, bestehende und geplante EVTZ, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und andere Akteure hinsichtlich der Überprüfung der Verordnung (EG) 1082/2006 zum EVTZ haben. Der Schwerpunkt der Konsultation liegt auf rechtlichen Aspekten, die bei der nächsten Überarbeitung verbessert oder angepasst werden sollten, betrachtet werden aber auch der Mehrwert und das Potenzial dieses Rechtsinstruments.

Die eingegangenen Beiträge sind zum einen in die Initiativstellungnahme "Neue Perspektiven für die Überprüfung der Rechtsvorschriften zum EVTZ" eingeflossen, die der Ausschuss der Regionen zu Beginn des Jahres 2011 abgeben wird<sup>1</sup>, zum anderen in die damit verbundenen legislativen Arbeiten der Institutionen. In der Verordnung (EG) 1082/2006 ist festgelegt, dass die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 1. August 2011 einen Bericht zur Anwendung der EVTZ-Verordnung und zu möglichen Änderungsvorschlägen vorlegt.

Beim Ausschuss der Regionen sind 91 Beiträge eingetroffen. Teilgenommen haben beinahe alle an EVTZ beteiligten Akteure, darunter 15 der 16 bereits bestehenden EVTZ, 15 im Aufbau befindliche EVTZ, 13 grenzübergreifende Strukturen anderer Art (größtenteils Euroregionen), 26 lokale und regionale Gebietskörperschaften, 8 Staatsregierungen (7 Regierungen von Mitgliedstaaten und die Regierung der Schweiz), 7 führende Verbände sowie 7 andere Experten bzw. Akteure, darunter INTERACT. Geografisch betrachtet sind 23 Mitgliedstaaten direkt oder indirekt an den Beiträgen beteiligt. Die bestehenden oder im Aufbau befindlichen EVTZ, die teilgenommen haben, umfassen 20 Mitgliedstaaten.

Zu den quantitativen und qualitativen Fragen im Rahmen der Konsultation zählen: rechtliche Aspekte von EVTZ wie etwa die Verordnung (EG) 1082/2006 und ihre Umsetzung durch die Mitgliedstaaten; Vorschläge, wie EVTZ auf rechtlicher und politischer Ebene verbessert werden können; EVTZ und die Europäische Territoriale Zusammenarbeit; Erfahrungen mit EVTZ, bereits in diesem Rahmen

---

<sup>1</sup>

CdR 100/2010, Berichterstatter: Alberto NÚÑEZ FEIJÓO (EVP/ES), Präsident von Galicien.

durchgeführte Projekte, dabei aufgetretene Schwierigkeiten und die zukünftige Entwicklung sowie die Bedeutung von EVTZ für die europäische Einigung.

#### **Zusammenfassung der Schlussfolgerungen:**

- Aus den Reaktionen geht die Meinung hervor, dass **die Verordnung geändert werden sollte**; der Schwerpunkt liegt auf der Forderung nach einer leichteren Durchführbarkeit von EVTZ und einer Verbesserung des Verfahrens zu ihrer Einrichtung.
- Der wesentliche rechtliche Aspekt betrifft die **Unterschiede im nationalen Recht der einzelnen Mitgliedstaaten**. Dies bezieht sich insbesondere auf die – durch die Verordnung ermöglichten – diversen Rechtsformen der bestehenden EVTZ, die auf die unterschiedlichen Entscheidungen der Mitgliedstaaten im Rahmen der Umsetzung auf nationaler Ebene zurückgehen. Außerdem wird von Schwierigkeiten bei der Festlegung des Inhalts der Konventionen und Statuten sowie ihrer Genehmigungsverfahren berichtet. Im Allgemeinen wird eine Vereinfachung der Verfahren als notwendig erachtet.
- **Information, Kommunikation und technische Unterstützung** werden auf europäischer und nationaler Ebene benötigt. In den Rückmeldungen wird eine europäische Struktur befürwortet und die Kontaktpflege, Kommunikation und Unterstützung durch den AdR positiv beurteilt.
- In den meisten Beiträgen wird darauf hingewiesen, dass die EVTZ eigenes **Personal** anstellen und feststellen müssen, welches Recht anwendbar ist. Der Aspekt des Personals gehört zu den wichtigsten Anliegen in rechtlicher Hinsicht.
- In den meisten Rückmeldungen wird die Möglichkeit einer **Teilnahme privater Organisationen** an EVTZ befürwortet, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen.
- In der Frage nach der Teilnahme von **Drittländern** offenbaren sich erhebliche Unterschiede zwischen dem Standpunkt der Mitgliedstaaten, die der Meinung sind, dass die Teilnahme von Drittländern begrenzt bleiben sollte, und dem der anderen Akteure (EVTZ, Gebietskörperschaften, Verbände und Sachverständige), die sich für eine Überarbeitung der aktuellen Regelung und für weniger strenge Bestimmungen aussprechen.
- Es wird sich zumeist äußerst positiv über die EVTZ geäußert, die als **Verwaltungsstelle** und gemeinsames technisches Sekretariat auftreten, da dies das Subsidiaritätsprinzip verkörpert. Einige nationale Behörden sind bei der Delegation des Programmmanagements zurückhaltend. Die Nutzung eines EVTZ für die Umsetzung von Projekten der Europäischen territorialen Zusammenarbeit bietet viele Vorteile; das wesentliche Problem liegt jedoch in der Förderfähigkeit der EVTZ.

- Die Aufgaben der EVTZ decken zahlreiche Aktivitäten ab. In der Praxis übernehmen die EVTZ entweder die Funktion einer Politikkoordinierungs- und Kooperationsstruktur, oder sie bilden eine neue Befugnisebene.
- Der EVTZ wird als das wesentliche Rechtsinstrument der EU für **territorialen Zusammenhalt** angesehen. Er ist außerdem ein "Labor" für **Multi-Level-Governance**, er schafft einen zweigliedrigen Kommunikationskanal und verfolgt einen Bottom-up-Ansatz. Er wird als eine Rechtsform gesehen, die bei der Lösung diverser Grenzfragen helfen kann.

Weitere Informationen finden Sie im EVTZ-Internetportal des Ausschusses der Regionen:

[www.cor.europa.eu/egtc](http://www.cor.europa.eu/egtc)

[egtc@cor.europa.eu](mailto:egtc@cor.europa.eu)

---